

## 12a

*Bundesausschuß: Berichte Griesinger, Horten, Kiesinger, Wohlrabe.*

*Bericht des Parteivorsitzenden. Bericht des Fraktionsvorsitzenden. Geschäftsordnung für den Parteitag. Genehmigung der Satzungen der Vereinigungen. Verschiedenes.*

*Beginn: 14.30 Uhr*

*Ende: 17.55 Uhr*

### BERICHT DES PARTEIVORSITZENDEN. BERICHT DES FRAKTIONS-VORSITZENDEN. GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG. GENEHMIGUNG DER SATZUNGEN VON VEREINIGUNGEN.

Der Parteivorsitzende Dr. Kurt Georg Kiesinger erläutert die Haltung der CDU zum deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Vertrag.<sup>1</sup>

Zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik verweist der Parteivorsitzende auf eine Erklärung des Präsidiums der CDU, die in einem gemeinsamen Gespräch zusammen mit den CDU-Landesministern beraten und beschlossen worden ist.

Vorschläge aus der anschließenden Diskussion:

*Wohlrabe:* 1. Aufforderung zur Parteidisziplin (bezogen auf das Interview des Vorsitzenden der Jungen Union, Jürgen Echternach, zum Polen-Vertrag in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Die Oder/Neiße-Linie muß anerkannt werden“).<sup>2</sup>

2. Bitte um flankierende Maßnahmen zur Landtagswahl in Berlin: terminierte Einbringung von politisch relevanten Themen (z. B. Radikalismus) im Deutschen Bundestag, um dadurch dazu beizutragen, daß Berlin während des Landtagswahlkampfes bundespolitisch präsent ist.

*Horten:* Die bisherige Aufklärungsaktion (Broschüre usw.) soll ergänzt werden durch Flugblätter über aktuelle politische Probleme. Die Entwürfe für die Flugblätter könnten an die Kreisverbände gegeben werden, die den Druck selbst vornehmen.<sup>3</sup>

---

1 Unterzeichnet am 7. Dezember 1970 in Warschau, vgl. BULLETIN Nr. 171 vom 8. Dezember 1970 S. 1815.

2 In der Vorlage: Saarbrücker Zeitung. – Vgl. „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 16. Dezember 1970 „Echternach: Oder-Neiße-Grenze anerkennen!“.

3 Zur Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom Oktober 1970 zum deutsch-sowjetischen Vertrag vgl. Nr. 9 Anm. 61. Vgl. auch die „Empfehlungen zur Durchführung der CDU-Aufklärungsaktion über die Deutschland- und Ostpolitik“ der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom Oktober 1970 (07-001 AO BGST Jan.70-Dez.70 unverzeichnet) sowie Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz vom 23. September 1970 (ACDP 07-001-512). Die von der Bundesgeschäftsstelle erstellte Dokumentation zum deutsch-sowjetischen Vertrag wurde im November 1970 im Auftrag von Bruno Heck an alle Mitglieder des EUCD-Büros in deutscher, englischer und französischer Sprache versandt (ACDP 07-004-217/2).

*Griesinger:* Die CDU-Dokumentation über die Ostverträge sollte allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

#### BERICHT DES FRAKTIONSvorsITZENDEN

Entfällt wegen Erkrankung Herrn Dr. Barzels und Verhinderung Herrn Dr. Stoltenbergs.

#### GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG

Die Geschäftsordnung für den Parteitag wird nach Hinzufügung folgenden Satzes im Abs. 2: „Die Anträge sind beim jeweiligen Tagungspräsidenten einzureichen“ einstimmig gebilligt.

#### GENEHMIGUNG DER SATZUNGEN VON VEREINIGUNGEN

- a) Die Vorlage des Bundesfinanzausschusses vom 16. Dezember 1970 zu den Finanzordnungen der Vereinigungen wird nach Streichung der Worte „innerhalb eines Jahres“ im ersten Absatz einstimmig beschlossen.<sup>4</sup>
- b) Die Satzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und der CSU Deutschlands (KPV) wird einstimmig genehmigt.<sup>5</sup>
- c) Die Satzung der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU wird einstimmig genehmigt entsprechend der Beschlußvorlage.
- d) Die Satzung der Sozialausschüsse der CDA wird einstimmig genehmigt.
- e) Die Satzung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge wird einstimmig genehmigt.
- f) Die Satzung der Jungen Union wird einstimmig genehmigt.
- g) Der Entwurf der Satzung der Wirtschaftsvereinigung der CDU wird mit Mehrheit genehmigt, nach dem in § 3 (1) 2. Abs. – Personenmehrheiten – folgende Worte gestrichen worden sind: „die auf Bundesebene organisiert sind“.

---

4 Unterlagen in ACDP 07–001–605. Protokoll der Sitzung des Bundesfinanzausschusses am 16. Dezember 1970 in ACDP 07–001 AO Bundesschatzmeister/Bundesfinanzausschuß 1.1.1969–27.2.1973 (unverzeichnet).

5 Sitzungsvorlagen und Satzungen der Vereinigungen in den Unterlagen zur Sitzung des Bundesausschusses (ACDP 07–001–605). – Zur Frage der Satzung für die Wirtschaftsvereinigung vgl. Nr. 8 Anm. 2.

VERSCHIEDENES

Der Antrag der Frauenvereinigung zum Ladenschlußgesetz wird nicht behandelt.